

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Fabian Thiel **3** Soziale Bodenpolitik durch Gemeinwohlförderung
- Dirk Löhr **11** Die neue Landnahme – Patente als virtueller Grundbesitz
- Elisabeth Meyer-Renschhausen **30** Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ernähren die Welt nachhaltig und „sicher“ durch Subsistenzwirtschaft
- Herman Daly **39** Steady-State-Ökonomie – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts
- Jörg Gude **43** Zur Notwendigkeit einer Moratoriums- und Konkursordnung für den Staat
- Eva Henke **45** Krisenbewältigung durch Paradigmenwechsel
- 52** Bücher – Berichte – Veranstaltungen

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ernähren die Welt nachhaltig und "sicher" durch Subsistenzwirtschaft

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Droht ein neuer kalter Krieg, diesmal als Krieg gegen die Kleinbauern, denen man das Land nimmt, um das westliche System noch einmal zu retten? Droht eine neue Form von Privatisierung der Allmenden – wie Wissen, Wasser, Boden oder Saatgut – die Armen dieser Welt um ihre Existenz zu bringen? Der Chef der FAO, der unbekanntes Food- and Agriculture-Organisation der UNO, der Afrikaner Jacques Diouf, spricht angesichts des Umgangs der Reichen der Welt mit den Bauernvölkern des Südens von einem neuen Kolonialismus. (SZ 1.4.2009) Der Welternährungsexperte Uwe Hoering bezeichnet das, was momentan vor allem in Afrika vor sich geht, als eine neue Form der „Landnahme“. (Hoering 2009) Allgemein bekanntes Beispiel ist Madagaskar, wo das Verpachten der Hälfte des bewirtschaftbaren Landes über 99 Jahre an einen ausländischen Großkonzern (Daewoo) im Frühjahr 2009 zu einem Volksaufstand geführt hatte. Er stürzte die Regierung, denn wenn eine koreanische Firma in Madagaskar Mais für den steigenden Fleischverzehr der Südkoreaner anbauen will, müssen die einheimischen Kleinbauern verschwinden. Die Bauern haben aber keine Aussicht, sich irgendwo anders auf der Welt eine auskömmliche Existenz aufbauen zu können. Sie wollen daher ihre Höfe nicht aufgeben. Die Europäer wollen die afrikanischen „Wirtschaftsflüchtlinge“ nicht aufnehmen und in den afrikanischen Städten liegen die Erwerbslosenraten zwischen 50 und 80 %.

Nachdem die letzten WTO-Runden gescheitert sind, werden die Staaten des Südens in bilateralen Verträgen dazu gedrängt, ihre Böden ausländischen Investoren zu überlassen und damit ihre Kleinbauern den Importinteressen von Konzernen des Nordens zu opfern. Sambia z.B. soll seitens der EU nur dann „Entwicklungshilfe“-Gelder be-

kommen, wenn es unterschreibt, die Importzölle für Lebensmittel zu senken. „Food for aid“ nennt sich dieses „Geschäft“. Der Sudan könnte sich trotz großer Trockenzonen aus eigener Kraft ernähren. Leider verpachtet der Staat viel fruchtbares Land rings um Khartum an die Golfstaaten. Die Betreiber exportieren das angebaute Getreide, die einheimische Bevölkerung hungert. (Hoering 2009)

Allerdings sei Hoffnung machend, meinte Angela Mulenga (eine NGO-Vertreterin aus Sambia gegenüber der „Bauernstimme“ im November 2008), dass die afrikanischen NGO und Bürgerinitiativen sich jetzt untereinander vernetzten. Die auffällige Präsenz der afrikanischen NGOs auf dem Bonner „Planet Diversity“-Kongress im Mai 2008 beeindruckte die kongressversierte indische Ernährungsexpertin Vandana Shiva. Dieser Kongress fand als „Alternativgipfel“ zur UNO-Konferenz zu Patentrechten und Biodiversitäts-Fragen ebenfalls in Bonn statt. Er stellte eine verblüffende Vielfalt von Grasswurzelninitiativen und Kleinbauerngruppen aus den letzten Winkeln der Welt vor. Alle verlangten das Recht auf eine gesunde Landwirtschaft in Eigenregie und den Erhalt der Eien Welt durch eine nachhaltige Landwirtschaft.

Der Kongress illustrierte, was der Weltagrarbericht der UNESCO im April 2009 aufgezeigt hatte: Die Kleinbauern ernähren die Welt und sie ernähren sie im Gegensatz zur Großlandwirtschaft ohne Vergiftung von Luft, Wasser und Erde. Der Weltagrarbericht des in Johannesburg gegründeten „Weltagrarrats“ (IAASTD – International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) wurde von der Weltbank, der Ernährungs- und Landwirtschaftorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und anderen initiiert und von rund 400 Expertinnen und

Experten aus aller Welt verfasst. (Herren 2009; Haerlin 2009)

Der Bericht erbrachte: Im Gegensatz zu dem, was die Lebensmittelkonzerne mit ihren Statistiken behaupten, ernähren noch immer die Kleinbauern die Menschen. Zu über 80 Prozent werden die Lebensmittel, die die Menschheit sich tagtäglich einverleibt, von Kleinbauern mit Grundstücken vom im Durchschnitt gerade mal knapp zwei (1,7) Hektar produziert. Dennoch geht fast die gesamte Forschungsförderung einseitig in die Erforschung von gentechnisch verändertem Saatgut, obwohl das keiner essen will. Warum? Weil solche Samen patentierbar sind und daher gute Profite abzuwerfen versprechen. Herkömmliches Wissen der Kleinbauern wird hingegen nicht erforscht, obwohl man hieran anknüpfend eine behutsame Verbesserung ihrer Produktion erreichen könnte – eine Produktion, die sowohl ihnen wie den ärmeren Städtern ihres Landes zu gute käme. Während in Indien an der Universität Astrologie studiert werden kann, gelten bei uns Anbauhilfen wie etwa ein Mondkalender noch immer als Aberglauben.

Der Anstieg der Zahl der Hungernden auf nunmehr eine ganze Milliarde Menschen ist besonders dem Flächenfraß infolge der Subventionierung von „Biodiesel“ zu verdanken sowie dem Anstieg der Getreidepreise durch den „Biodieselboom“. Auch führt die neue Weltwirtschaftskrise (die sog. „Bankenkrise“) weltweit zu stagflationären Erscheinungen, die besonders auf Kosten der Länder des Südens gehen. Zudem machen durch den Klimawandel bedingte extreme Dürren und Überschwemmungen es in den Ländern des Südens unmöglich, sich aus eigener Kraft zu ernähren. In Nordkenia hungern die Nomaden, weil es dort seit 4 (!) Jahren nicht geregnet hat. (taz 18.8. und 23.9.2009) Wenig weiter nördlich in Äthiopien haben bisher in dieser Form selten gesehene Extremregenfälle Kaffeefarmen ertränkt und wertvolle Böden die Hänge hinunter gewaschen.

Jeder zweite Mensch auf der Erde lebt von Hof und Garten

Auf der Erde lebt etwa jeder zweite Mensch auch heute noch auf dem Land. Egal ob in der

Stadt oder auf dem Land, jeder zweite Mensch lebt more or less vom Eigenanbau, von städtischer Landwirtschaft (urban agriculture) oder einer ererbten traditionellen (Klein-)Landwirtschaft. Derzeit geht man von 2,6 Milliarden Bauern aus. Jedoch nur jeder dritte Bauer der Welt kann so viel verdienen, dass er etwa für das Schulgeld seiner Kinder aufkommen kann. Die meisten Bauernfamilien müssen durch Nebentätigkeiten, als Handwerker oder als Saisonarbeiter hinzuverdienen. (Jedoch zählte die Weltbank noch 2007 nur jeden sechsten Erdbewohner als Farmer, nämlich nur diejenigen, die aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse nennenswerte Erlöse erzielen konnten. Warum? Liegt das möglicherweise daran, dass die meisten Bauern der Welt Bäuerinnen sind? Und daran, dass man von der Statistik nicht erfassten und so „unsichtbar“ gemachten Kleinbäuerinnen ihr Land besser wegnehmen kann, zumal sie von ihrer Subsistenzwirtschaft „ja doch nicht richtig leben können“?)

Weltweit ist bis heute der größte „Arbeitgeber“ für Frauen die Landwirtschaft. Natürlich arbeiten die meisten Bäuerinnen „selbständig“. Die Missachtung der unbezahlten Hausarbeit, unter der die Frauen der westlichen Zivilisation im 19. und 20. Jahrhundert zu leiden hatten, erstreckt sich auch auf die weitgehend außerhalb des Geldkreislaufs arbeitenden Kleinbäuerinnen des globalen Südens. Sie sind daher für die staatliche Fiskal- und Wirtschaftspolitik nicht interessant.

Das Ideal des Vollerwerbsbauern auf einem mittelgroßen Hof, auf dem Mann und Frau sich ganz der Landwirtschaft widmen und dabei ein sozusagen „gutbürgerliches“ Geldeinkommen erzielen können, ist seit zweihundert Jahren auch eine Form, den Klein- und Halbbauern die Existenzberechtigung abzusprechen. Die Stein-Hardenbergschen Reformen – also die sog. Bauernbefreiung in Preußen 1807-1813 – nahm den Halbbäuerinnen und Kötterinnen ihr Recht auf die Allmende und schickte sie als Bettlerinnen in die Städte. Mittels dieser Form der „Einhegung der commons“ – also Privatisierung der Allmenden – sollte das Land der größeren Bauern zu gut steuerbaren Landwirtschaften gemacht werden. Eine „Flurbereinigung“ zugunsten des Fiskus auf Kosten der Frauen.

Heute lebt jeder zweite Mensch auf der Erde von unter einem Dollar pro Tag. Für diese Hälfte der Menschheit ist der Landbau oder die Hirtenwirtschaft das einzige Überlebensmittel. Wenn sie nicht durch Kriege, Vertreibungen oder Klimawandel daran gehindert werden, können diese Kleinbauern durchaus in Würde leben. Von einer „Ernährungssicherung“ mittels subventionierter Steigerung der Ernten der industriellen Landwirtschaft haben diese Menschen nichts, da sie kaum Geldeinkommen haben. Er liebe seine selbständige Lebensführung in Freiheit und Unabhängigkeit, sagte mir kürzlich ein 90jähriger Bauer im südlichen Konso (Äthiopien), obwohl er kaum ein nennenswertes Geldeinkommen hat.

Zwischenbilanz: Zwei Drittel der Armen der Welt sind Frauen mit Kindern.

Sie leben außerhalb der Marktökonomien durch Selbstversorgerlandwirtschaft. Subsistenzwirtschaft bedeutet: sie leben von einer Landwirtschaft, die wesentlich auf die Selbstversorgung ausgerichtet ist. Überschüsse sowie zu diesem Zweck eigens Erzeugtes und Tiere werden verkauft, um ein Bargeldeinkommen zu erzielen. Hauswirtschaft und Landbau gehören in dieser – von Otto Brunner (1898-1982) so genannten – „Ökonomie des Ganzen Hauses“ zusammen. Die Hauptlast der Arbeit hängt bei den meisten Landbauvölkern wesentlich an den Frauen, wie Ester Boserup für Afrika zeigte. Besonders bei den tropischen Gartenbauvölkern ist das der Fall. Dort verstehen die Bäuerinnen, ihre Familien aus winzigen Grundstücken (etwa 1 Hektar) mittels mehrstöckiger – wie man ihre Gartenlandwirtschaft heute nennt – „Agroforstwirtschaft“ gut zu ernähren (Vogl-Lukasser 2000) und Überschüsse zu erwirtschaften.

Diese Gartenbauern sind zwar vor allem Selbstversorger, aber ohne Verkaufsmöglichkeiten könnten sie nicht existieren. Sie brauchen Geld, um Steuern, Arztrechnungen oder Schulgeld, Petroleum oder Busfahrten bezahlen zu können. Diejenigen, die infolge eines Straßen- oder Staudammbaus, sich verschlechternden Umweltbedingungen oder Kriegen ihr Land verlieren und

in eine Stadt ziehen müssen, geraten dort häufig in absolute Armut. Über 2,5 Milliarden Menschen leben in Slums ohne Kanalisation und fließend Wasser (Davis 2007). In den Megacities des globalen Südens findet nur ein Bruchteil der Bewohner eine angemessen bezahlte Beschäftigung. Sogar im reichsten Land der Welt, in den USA, hungern 10% der Städter.

Urban Agriculture

Daher wird seit über 30 Jahren in den großen Städten des Südens und auch des Nordens der USA auf Brachgrundstücken wieder vermehrt Landwirtschaft betrieben. In den 1990er Jahren bekam diese Bewegung des „Community Gardening“ oder der „Urban Farmings“ einen zweiten Entwicklungsschub und weitete sich aus. Seither versteht sie sich – besonders etwa in den Armenvierteln der nordamerikanischen Städte – als bewusster Beitrag zur weltweiten Selbsthilfe. Auf den Demonstrationen gegen die Ungleichbehandlung des Südens gegenüber dem Norden seitens der WTO treffen sich, in Seattle 1999 oder in Cancun (2003), die „City Farmers“ der Städte des Nordens mit den Kleinbauern aus den Ländern der Dritten Welt. Die Weltsozialgipfel wie jene in Porto Allegro wirken wie Universitäten von unten, die Beteiligten ein neues Bewusstsein von ihrer weltweit ähnlichen Lage verschaffen. (Bello 2008; Mies 2001)

In den Ghettos der USA gibt es Nachbarschaftsgärtner, die sich nie eine teure Tageszeitung leisten können, aber stolz darauf sind, mit ihrem Ökogemüseanbau einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Einen Welt zu erbringen. Ihnen ist klar, dass jede Agrarwende eine Ernährungswende voraussetzt, die am besten im eigenen Garten und vor der Haustür begonnen wird. (Meyer-Renschhausen 2004, 2007)

Heute gibt es in den USA etwa 15.000 derartiger Nachbarschaftsgärten, die zu etwa zwei Dritteln von Frauen bestellt werden, zu 80% von ethnic minorities, von people of colour. Auch in Kanada sind in fast allen großen Städten Nachbarschaftsgärtner aktiv. Samen und Pflanzen werden verschenkt genauso wie die Überschüsse aus der Ernte. Ein Symbol der Unabhängigkeit von

der Geldwirtschaft ist das bewusste Kompostieren. Guter Kompost ersetzt den Düngerkauf. Diese neue Begeisterung für nachhaltigen städtischen Gemüseanbau im Sinne der „Einen Welt“ finden wir weltweit.

Schon die Kolonialherren nannten die afrikanische, von Frauen dominierte Agroforstwirtschaft mittels Grabstock verniedlichend „kitchen gardens“ und schufen sich damit die Legitimation, ihr Land weißen Siedlern übereignen zu können. Aber die Grabstockwirtschaft ist in den Städten leicht fortzuführen. Sie wird dort, wo die Menschen den Zugang zum Land durch koloniale oder postkoloniale Bodenbesitzkonzentration verloren haben, als wilder Landbau weiter betrieben.

Nachdem beispielsweise Kenia 1895 zum britischen Protektorat erklärt worden war, wurden die einheimischen Bauern in Reservate gedrängt, damit Weiße ihr Land kaufen konnten. Später wurde der lokalen Bevölkerung gestattet, Boden zu erwerben, allerdings nach damaligem britischem Recht nur den Männern, obwohl die Frauen die Hauptbetreiberinnen der Landwirtschaft waren. Durch die damit erfolgte Einführung des Privateigentums an Grund und Boden verloren die Frauen traditionelle Nutzungsrechte. Ihre Familienhöfe wurden marginalisiert. Ergebnis war eine zunehmende Unterversorgung bzw. wachsender Hunger unter der Landbevölkerung. Bis heute sieht man überall Landlose die Randstreifen der Landstraßen beackern. In Zentralkenia erledigen bis heute die Frauen den Hauptteil der Arbeit auf den kleinen Kaffee- oder Teeplantagen, aber der Erlös geht in die Taschen ihrer in der Stadt lebenden Ehemänner, die sich jedoch für die Ernährung ihrer Kinder, örtlichen Sitten gemäß, oft nicht zuständig fühlen.

Die in die Millionenstadt Nairobi abwandernde Landbevölkerung findet dort nur zu einem sehr kleinen Teil Lohnarbeit. Die meisten arbeiten im Informellen Sektor. Weil das keine ausreichenden Verdienste erbringt, betreiben vor allem Frauen, aber auch Männer, zwecks Nahrungsmittelversorgung wilde Landwirtschaft an den unbebauten Flussufern oder auf Müllplätzen. Überall findet man Maispflanzen oder grünkohlartigen Staudenkohl. Daneben werden Maniok und Kar-

toffeln angebaut. Ziegen suchen sich auf den Müllhalden ihr Futter.

In den 1970er Jahren empfand man seitens der Stadtverwaltung Nairobis den wilden Ackerbau als „Schandbild“ für die Stadt und ließ ihn mittels Bulldozern beseitigen. Seit der schweren Krise in den 1980er Jahren jedoch wurden die Gärten als „small-scale enterprises“ offiziell anerkannt. (Creemers 2002, Streiffeler 2000)

Ökolandbau als Ausweg

Trotz rasanter Verstädterung nimmt paradoxerweise auch die Zahl der Kleinbauern weltweit zu. Allerdings steht ihnen immer weniger Land zur Verfügung, sie können immer weniger Überschüsse verkaufen und sind dadurch bei den geringsten Krisen dem Hunger ausgeliefert. Ob als Kleinbäuerin oder städtische Gärtnerin, die meisten können deshalb umgekehrt wenig kaufen. Die Erntesteigerungen der industriellen Landwirtschaft bringen den meisten Land- oder Slumbewohnern des Südens wenig. Sie sind darauf angewiesen, zu lernen ohne finanziellen Input zu wirtschaften.

Immer mehr aus dem Erwerbsleben Geworfene, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, versuchen sich durch Umstellung auf geldlose Landbewirtschaftung vor dem Hunger zu schützen. Daher entstehen überall auf der Welt ökologische Selbsthilfe-Projekte, in denen Kleinbäuerinnen oder Gemeinschaftsgärtner sich gegenseitig unterstützen, auf eine den Boden schonende Landwirtschaft umzustellen. Zweck ist, Kosten zu vermeiden, die Kleinbauern nach schlechten Ernten nicht aufbringen können. Damit wollen sie erreichen, dass sie sich trotz verschlechterter Umweltbedingungen ernähren können. Denn so günstig die grüne Revolution für einige Bauern des Südens anfangs war, hat sie sich für die Mehrheit auf Dauer als zu teuer erwiesen. Sie hat sich – kann man heute aus der Rückschau sagen – für kleinere Bauern nirgendwo auf der Welt als positiv erwiesen. Sie hat vielmehr – wie es schon in den 1970er Jahren das Ehepaar Meadows in den „Grenzen des Wachstums“ sah – zur Bodenzerstörung erheblich beigetragen und die Bauern in die Schuldenfalle getrieben. Mittels

ökologischem Anbau – etwa durch Gründüngung per Leguminosen (Bohnen, Speisewicken, Luzerne) oder Hanf – können Kleinbauern ihre Erträge erheblich steigern, ohne sich beim Einkauf von Dünger und Pestiziden verschulden zu müssen. (Akther 2002; Shiva 2004)

Bevor der neue Weltagrарbericht 2008 veröffentlicht wurde, hatte das englische Agrarministerium bereits Umstellungsprojekte im globalen Süden daraufhin untersuchen lassen, wie erfolgreich sie waren. Durch Umstellung auf eine umweltschonende Agrarkultur konnten die Kleinbauern ihre Nahrungsproduktion von 2,33 Tonnen pro Haushalt und Jahr auf 4,04 Tonnen erhöhen. (Ernährung sichern 2001, 37-39)

Andere Beispiele belegen diesen Befund der Studie. In Bangladesch entstand beispielsweise vor 20 Jahren die organisierte Bewegung für ökologischen Landbau „Nayakrishi Andolon“, an der heute ca. 60.000 Kleinbäuerinnen und Handwerkerbauern beteiligt sind. Nach einer besonders verheerenden Überschwemmung wurde den Beteiligten klar, dass sie sich ab sofort um eine kostenfreie Landwirtschaft bemühen mussten. Nur so ist der Gefahr ständiger Schuldenkrisen nach Ernteverlusten durch extreme Hochwasser zu begegnen. Die Nayakrishi-Aktivistinnen lehnen daher sogar Mikrokredite als zu gefährlich entschieden ab. (Akther 2002) Allein in Thailand verloren in den letzten Jahren über die Hälfte der kleinen Reisbauern das Land infolge Verschuldung. (Kwa 2007) Überleben können sie nur, wenn sie jegliche Verschuldung vermeiden.

Landwirtschaft bedarf des Zugangs zu Saatgut und zwar auch und gerade dann, wenn kein Geld da ist, um welches zu kaufen. Entscheidend ist die Qualität des Saatguts, es sollte den regionalen Klimaverhältnissen angepasst sein. Da die Sorge für das Saatgut in den meisten Dörfern wie besonders in Südasien Frauensache ist, richteten die Aktivistinnen von Nayakrishi gemeinsame Saatgutsammelstellen ein, um sich vom Zwang, Samen kaufen zu müssen, zu befreien.

Armut als Folge der Umstellung auf Exportlandwirtschaft

Seit Mitte der 1960er Jahre hat sich der

Gegensatz zwischen Arm und Reich auf der Erde mehr als verdoppelt. Aus einem Einkommensverhältnis von 1:30 wurde 1:74. Nach Angaben der Weltbank verfügen heute 23 % der Menschen über weniger als einen Dollar pro Tag. Sie gelten damit als extrem arm. Dieser Armutsbegriff, seitens der Weltbank 1948 eingeführt, definiert Armut in Anlehnung an das durchschnittliche Bruttosozialprodukt der industrialisierten Länder. (Rahnema 1993, 16-46)

Problematisch an dieser Armutdefinition ist, dass sie die Selbsthilfepotentiale von ländlichen Bevölkerungen nicht berücksichtigt. De facto wird durch diese Armutdefinition die vernakuläre (oder – altmodisch gesprochen „gemeine“) Existenzweise (Illich 1982), die bäuerliche Lebensweise, zu einer primitiven Lebensform gestempelt. Die Kleinlandwirtschaften der Bäuerinnen Afrikas, mit der sie sich und ihre Familien ernähren sowie lokale Märkte bedienen, werden zu einem „Armutzeugnis“ umgedeutet.

Dieser Armutsbegriff erlaubte der Weltbank, den sog. Entwicklungsländern Entwicklungshilfen zu empfehlen, die in zahlreichen Fällen das ärmste Viertel der Bevölkerung, größtenteils Frauen und ihre Kinder, um die Selbsthilfepotentiale bringt. Ethnologische Studien erbrachten, dass etwa das Sammlervolk der Dobe-!Kung-Buschleute in der Kalahari noch Mitte des 20. Jahrhunderts ohne Geld gut leben konnte. Mit zwei Stunden täglicher Sammelarbeit konnten sie sich ausreichend und abwechslungsreich ernähren. Vier Fünftel des Essens sammelten die Frauen, die ein großes Pflanzenwissen hatten. (Lee et. al. 1968; vgl. auch Weidkuhn 2004) Die eigentlichen Überflusgesellschaften waren und sind die sog. Steinzeit-Gesellschaften, meinte der Ethnologe Marshall Sahlins (1988) drastisch. Er stellte damit infrage, dass man mit dem Knappheitspostulat der heutigen Ökonomie die Lebensweise traditioneller Gesellschaften angemessen beurteilen darf.

Heute operiert die Weltbank etwas vorsichtiger mit einem „food adequacy standard“ als Armut Indikator. Danach gilt als arm, wer mehr als 70 % seines Einkommens für Lebensmittel ausgeben muss. (Nohlen 1991, 57f) Problematisch ist jedoch auch an dieser Definition, dass sie Wild-

beuter, Nomaden, Fischer und Kleinbauern von vornherein als „arm“ definiert und ihnen damit indirekt das Recht auf ihre Lebensform abspricht. So dient der Armutsbegriff der Weltbank als Legitimation für eine Intervention im Sinne einer angeblichen Entwicklung, die in den letzten 30 Jahren jeweils zumindest einen Teil der ländlichen Bevölkerung verarmen ließ.

Infolge der beispiellosen Konzentration in der Lebensmittelindustrie geriet auch die exportorientierte Kleinlandwirtschaft Ostafrikas in Bedrängnis. 70% des Kaffees der Welt wird von Kleinbauern auf Höfen von unter 10 Hektar angebaut. Seit 1990 sank der Verdienst, den die Kaffeeproduzenten durch den Verkauf ihrer Bohnen erlangten, dramatisch. Noch zu Beginn der 1990er Jahre gingen von den Exporterlösen etwa zehn bis 12 Milliarden US Dollar in die Erzeugerländer, während die Industrieländer am Kaffeeverkauf 30 Milliarden Dollar verdienten. Heute verdienen letztere am Kaffee 70 Mrd. \$, während die produzierenden Länder nur noch 5,5 Mrd. \$ bekommen. Die äthiopischen Kaffeebauern mussten hinnehmen, dass der Erlös für einen Sack Arabica-Bohnen von 670 Birr im Jahr 2000 auf 150 Birr im Jahr 2004 (sehr grob umgerechnet: von etwa 67 Euro auf 15 Euro) sank. Die Bauern des fruchtbaren immergrünen Regenwaldgebiets, des Sidamo, begannen zu hungern und schickten ihre Kinder nicht mehr zur Schule. Schließlich verkauften viele Sidamo-Kaffeebauern ihr Land. In Addis Abeba leben sie dann in Blechbudensiedlungen ohne fließend Wasser, Strom, Kanalisation oder Müllabfuhr. Zum Lebensunterhalt bleibt vielen außer dem Betteln oft nur die Prostitution. (Ziegler 2008, 162-172; Hirn 2004) Die Freigabe des Kaffeehandels seit Ende der 1980er Jahre hat auf diese Art und Weise weltweit zu Selbstmorden unter Kaffeeproduzenten geführt. (Korneffel et al. 2002; Pendgrast 2001) Währenddessen stiegen die Gewinne der fünf Kaffeemultis gewaltig. Beispielsweise im Jahr 2000 bei Sara Lee um 17%, bei Nestlé im gleichen Jahr um 26% und bei Tchibo sogar um 47%. (Ziegler 2008, 170) Nachdem diese Fakten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden waren, stieg in den letzten Jahren der Verkauf von ökologisch angebautem „Fair-Trade“-Kaffee sprunghaft. Nunmehr

gibt es auch aus Äthiopien resp. dem Sidamo ökologisch angebauten „Fair trade-Kaffee“.

Eine weitere negative Folge der Exportlandwirtschaft ist die Bodenzerstörung durch Übernutzung. Die Folgen der Umweltzerstörungen treffen mittellose Bauern ungleich härter als die reichen. Weltweit werden jährlich mehr als 5 Mio. Hektar Ackerland als nicht mehr brauchbar aufgegeben, eine Fläche so groß wie Holland oder Belgien, seit 1945 eine Gesamtfläche so groß wie Indien und China zusammen. (Brown 1996; Heindl/Groeneveld 2006) Der von Menschen gemachte Klimawandel bewirkte in der jüngsten Zeit zudem häufigere Dürren oder extreme Regengüsse mit Bergrutschen. Ostafrika und Ostbrasilien leiden besonders unter extremen Dürren oder zu kurzen und heftigen Regenfällen, in Bangladesch nehmen die alljährlichen Überflutungen immer bedrohlichere Dimensionen an. Fehlende Bewaldung, abgeholzte Mangrovenwälder für die industrielle Krabbenzucht zerstören bei extremen Regenfällen die Felder von Bäuerinnen in der Karibik ebenso wie an den Küsten Asiens.

Dabei sind die Länder des Südens keineswegs ohne jegliche eigene Dynamik. Auch im von Bürgerkriegen erschütterten Afrika ist die Nahrungsmittelproduktion in den letzten 40 Jahren erheblich gestiegen. Ohne Kriege und Dürren wären wahrscheinlich noch immer weit mehr als die heute offiziell angegebenen 15 Staaten Afrikas in der Lage, sich aus dem eigenen Landbau zu erhalten. Vor 30 Jahren waren dazu noch alle 37 Agrarstaaten südlich der Sahara in der Lage. Eine Intensivierung der Landwirtschaft mittels Handelsdünger oder technischer Hilfen war nicht nötig. (Rauch 1999)

Im südlichen Äthiopien – beispielsweise dem Konso – düngen die Bauern mit Viehdung und menschlichen Hinterlassenschaften. Mittels einer alljährlich ausgebesserten Terrassierung verhindern sie den Bodenabtrag. Mischfruchtanbau macht den Einsatz von Pflanzengiften unnötig. Allerdings hat das Bevölkerungswachstum auch hier die Entwaldung verschärft. (Neulandnahme; Brennholz) Die infolge des Klimawandels heute öfter als früher ausfallenden Regenzeiten sind die Ursache, dass auch im Konso neuerdings von Zeit zu Zeit gehungert wird. Es ist also nicht

zuletzt die weltweite Umweltzerstörung, die zur rasenden Verstädterung Afrikas führt. (Rauch 1999; Hauser 2009)

Weil die Städte den vom Land vertriebenen Armen jedoch kaum Jobs bieten können, fördert die Weltbank nun Projekte, mittels derer sich Arme selbst ernähren können sollen. Etwa in Westafrika, wo der einseitige Cash-Crop-Landbau (Erdnüsse, Baumwolle z.B. in Mali) heute niemanden mehr ernährt. Schwierig ist es jedoch, die Subsistenzwirtschaft top-down wieder einzuführen, nachdem man den auf Eigenversorgung bedachten Bauernvölkern die angestammte Lebensweise erst einmal ausgedreht hat. Günstiger ist es, Entwicklungen zuzulassen wie etwa in Nordindien, wo eine zeitweilige Migration den Erhalt der bäuerlichen Wirtschaften ermöglicht. Diese Familien blieben auch langfristig in der Lage, sich selbst zu ernähren. Bodenreformen zu Gunsten von Selbsthilfeprojekten hingegen sind politisch sehr schwer durchzusetzen. Politisch bereits beschlossene Bodenreformen sind – wie etwa in Brasilien – sogar unter der Ägide einer ihnen eigentlich freundlich gesonnenen Regierung zum Scheitern verurteilt, wenn die Großgrundbesitzer sich mit illegaler Waffengewalt wehren. Bodenreformen helfen nicht, solange die Landlosen nur schlechte Böden oder zu kleine Flächen erhalten, wie Hanns Wienold (2007) feststellt.

Die FAO und der Hunger

Seit dem II. Weltkrieg soll die vom Völkerbund (der späteren UNO) gegründete „Food and Agriculture Organisation“ (FAO) Hungerkrisen auffangen helfen. Das führte zu einem anhaltenden Diskurs über Welternährung oder heute Food Security. Die FAO schätzt, mittels Hochrechnungen, wie viele Menschen hungern. Waren es im Jahr 2008 noch „nur“ etwa 867.000 Millionen (grob jeder sechste) Erdbewohner, die hungerten, sind es heute 1 Milliarde Menschen. Zur Abhilfe entwarft die FAO für die Weltbank Landwirtschaftsprojekte. Leider nutzten die reichen Länder ihre Lebensmittelhilfen bald zum Abbau ihrer Getreideüberschüsse. Den Diskurs über den Welthunger missbrauchten sie dazu, Länder des Südens via Lebensmittellieferungen von sich ab-

hängig zu machen (Moore Lappé/ Collins), denn mit den eingeführten – in den USA oder Europa subventionierten – Lebensmitteln wurde die lokale Landwirtschaft zerstört. Damit verschwinden die örtlichen Selbsthilfepotentiale. Das führt zu neuerlichem Hunger, sobald die Lebensmittelhilfen des Nordens versiegen – das Welternährungsprogramm der UNO hat nämlich keinen festen Etat, sondern ist von den unregelmäßig (!) einlaufenden Spenden für den Transport abhängig. Derzeit werden daher Flüchtlingslager am Horn von Afrika geschlossen, obwohl die Lage wie auch im Kongo katastrophal ist.

Dank der FAO weiß man, dass der Hunger zunimmt, obwohl die Nahrungsmittelproduktion seit 1960 um 80% wuchs. (Alexandratos 1995) Schon 1984 stellte die FAO fest, dass unser Planet problemlos 12 Milliarden Menschen mit den von der World Health Organization (WHO) errechneten 2500 Kilokalorien pro Tag ernähren könnte. Nach Berechnungen des International Food Policy Research Institut in Washington werden auch noch 2020 etwa 2890 Kilokalorien pro Tag und Kopf vorhanden sein, trotz Wachstum der Weltbevölkerung. (von Braun et. al. 1998) Aber diese Mehrproduktion nützt den Armen nichts, solange sie keine Löhne oder Verdienstmöglichkeiten haben. Sie brauchen daher Land. Mit ihrem Landbedarf, so winzig er auch im Vergleich zu dem der Großen ist, stehen sie jedoch in dauernder Konkurrenz zu letzteren. Denn die renditeorientierte Großlandwirtschaft braucht Wachstum und dies beschafft sie sich auf Kosten der Kleinen. Beispielsweise wurden im Rahmen der sog. „Veredlungsproduktion“ in Brasilien immer neue Sojafelder resp. heute verstärkt Zuckerrohrfelder für die „Biodiesel“-Erzeugung angelegt. Die für den Erhalt des Weltklimas so immens wichtigen Amazonaswälder werden abgeholzt, nur um Nordeuropa eine Massentierhaltung mittels Futter aus Sojabohnen zu ermöglichen oder nun mit pflanzlichem Öl zu beliefern. Sammelvölker des Amazonas sowie Kleinbauern verlieren dadurch ihre Gärten und ihr tägliches Brot. Auf der anderen Seite ersticken die Reichen im Überangebot ihrer Märkte, wo tagtäglich bis zu 20% zu viel angeboten wird und bis zu 25% des Essens weg geworfen wird. Indirekt besetzen so die

Reichen die Ackerflächen der Armen, kritisierten schon die Philosophen der Antike.

Die Weltbank, der IWF und die Strukturanpassungsmaßnahmen

Die Weltbank, die internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, versucht neuerdings eine weitere Verarmung zu verhindern – halbherzig. Noch immer werden Großprojekte gefördert, die bäuerliche Existenzen vernichten. Allein durch den Bau von Staudämmen – es handelt sich seit 1949 um weltweit 45.000 Staudammprojekte, zugunsten der Versorgung von Städten sowie der industriellen Landwirtschaft – verloren seit 1945 1,3 bis 1,9 Millionen Menschen mit ihrem Land auch ihre Häuser und meist ihre gesamte Existenz. (Wuppertal Institut 109-110) Seitdem mit Beginn der 1990er Jahre die Getreidepreise steigen, erweist sich das handelsorientierte Entwicklungskonzept der Weltbank für Arme als – um es deutlich zu sagen – mörderisch. Als man nach 1981 versuchte der damaligen Schuldenkrise durch Marktöffnung zu begegnen (Stiglitz 2002), führte das in den Ländern des Südens zu noch größeren Einkommensdisparitäten und wachsendem Hunger. Warum?

Als besonders einseitig erweist sich bis heute die Politik des Internationalen Währungsfonds. Der IWF legt verschuldeten Ländern sog. Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP) zwecks Währungsstabilisierung auf. Diese SAP verlangen regelmäßig:

- Radikale Kürzung der Staatsausgaben und damit auch der Lebensmittelsubventionen für die städtische Armutsbevölkerung.
- Öffnung der einheimischen Märkte sowie Abschaffung der Restriktionen für Auslandsinvestitionen.
- Abbau von Importzöllen zugunsten der einheimischen Bauern, stattdessen Förderung der Export-Landwirtschaft zwecks Devisenerwirtschaftung. (Bello 33; Müller 96ff)

Statt die Währungsstabilität zu garantieren – die ursprüngliche Aufgabe des IWF –, betrieb der IWF de facto Politik, indem er den verschuldeten Ländern die Innenpolitik diktierte. Damit überschritt er seine Kompetenz, sagt Klaus Müller (2002) und wurde Mitverursacher vieler

Hungersnöte, z.B. jener in Folge der Asienkrise. (Stiglitz 2002)

Die SAP vermehrten die Zahl der Hungernden in der Dritten Welt, weil sie den Regierungen Lebensmittelsubventionen untersagt hatten. Damit verschlechterten sich die Erlöse und Verkaufsmöglichkeiten für die einheimischen Bauern. Noch problematischer war, dass die SAP die Länder des Südens zwangen, Lebensmittelimporte zuzulassen. Durch die Einfuhr von – bis heute stark subventionierten – europäischen Fleischbergen oder US-amerikanischen Getreideüberschüssen verloren z.B. in Westafrika die einheimischen Bauern und Bäuerinnen ihre angestammten Märkte und wurden in den Hunger getrieben. In Afrika südlich der Sahara hat sich die Armut daher in den letzten 25 Jahren verdoppelt, aus Sicht der Afrikaner haben die Märkte versagt (Kwa 2007 50f), was nunmehr der internationale Agrarbericht bestätigt.

Die Weltbank kam im Zuge der Asienkrise zu dem Entschluss zu einer Wende. Sie wandte sich gegen die Politik des IWF und forderte eine Post-Washington-Konsensus-Politik. In der Europäischen Union reduzierte man die Agrarsubventionen (Fischler 2007 47) und verzichtete bis 2008 auf den subventionierten Export nach Westafrika. 2009 jedoch bedroht die EU afrikanische Bauern mit dem Export von subventioniertem Milchpulver.

Die Welthandelsorganisation WTO und die TRIPS

Diese Reformpolitik der Weltbank wird insofern erschwert, als dass die seit 1995 existierende Welthandelsorganisation WTO in ihrem Abkommen über Landwirtschaft (Agreement on Agriculture – AoA) die Öffnung der Grenzen für den weltweiten Agrarhandel vorschreibt. Seither können die Industrieländer ohne Hindernisse Lebensmittel in die Länder des Südens exportieren. Umgekehrt allerdings bleiben die meisten Agrar- und Rohstoffmärkte der reichen Länder des Nordens gegenüber Importen aus dem Süden abgeschottet. Daher sehen Universitätssoziologen des Südens wie Walden Bello die WTO vor allem als eine von den USA eingesetzte Institution zur Eroberung weiterer Märkte zugunsten der USA.

(Bello 42) Tatsächlich war der Chefunterhändler der USA bei der WTO-Gründung ein Mann des Lebensmittel-Konzerns Cargill. (Reichert/Gottwald, 106f)

Dass diese Hypothese viel für sich hat, zeigt auch das WTO-Patentrecht-Abkommen TRIPS (trade-related aspects of intellectual property rights = handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum). Vorgeblich soll das TRIPS-Abkommen die Rechte der „indigenen Bauern“ vor Ausbeutung ihrer Züchtungsergebnisse durch Privatfirmen schützen. De facto ist es eine Übertragung des amerikanischen Patentrechts auf die Welt. Es ermöglicht großen Firmen, sich indigene Züchtergebnisse (z.B. Basmati-Reis) patentieren zu lassen. (Shiva 2004)

Als Reaktion auf die Verschlechterungen der Lage der Kleinbauern des Südens durch SAP und TRIPS (Selbstmordwelle unter Kleinbauern nach Missernten nach GMO-Baumwollanbau in Indien, vgl. Wienold 2007; Shiva 2004) und Gentechnik entstand eine neue weltweite Bauernorganisation „La Via Campesina“ mit Sitz in Jarkata und Brüssel. Sie verteidigt die kleineren Bauern gegen den gegen sie gerichteten neoliberalen Vernichtungsfeldzug. (<http://www.viacampesina.org>) Gleichzeitig entstehen in vielen Ländern zur Abwehr der Folgen von TRIPS Saatgutbanken „von unten“ (über in unserer eurozentristischen und von Anzeigen abhängigen Presse kaum berichtet wird).

Weltweit kam es allein im letzten Jahr zu 33 Hungeraufständen. Zur Vermeidung von Hunger in den Ländern des Südens müsste der subventionierte Export von Agrarüberschüssen der Europäischen Union sowie der USA in die Länder des Südens vollständig eingestellt werden. Wenn nach dem Willen der WTO der Handel und das Geld die Grenzen überschreiten dürfen, müssen auch die betroffenen Menschen ohne Beschränkung bei uns einreisen dürfen.

Jenen Menschengruppen, denen man weltweit keine Chance zum Geldverdienen einräumt, muss das Recht auf ihre Selbstversorgung zugestanden werden. Dazu ist weltweit und in Stadt und Land eine staatliche Bodenvorratswirtschaft notwendig, die bei Bedarf die Interessierten mit Pachtland versorgen kann.

Literatur

- Alexandratos, Nikos, ed. (1995): World Agriculture Towards 2010 – An FAO-Study, Rome.
- Akther, Farida (2002): Nayakrishi Andolon, in: Die Gärten der Frauen – Kleinlandwirtschaft und Stadt weltweit, hrsg. von Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker, Herbolzheim, S. 197-210.
- Bello, Walden (2005): Globalisierung – Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.
- Boserup, Ester (1982): Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika, Stuttgart.
- Braun, Joachim von et.al. (1998): Verbesserung der Welternährung in den Entwicklungsländern. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bd 123, München/Köln/London.
- Buntzel, Rudolf (1995): Hüter der Welternährung, in: Buko-Dossier Welternährung, Bremen (Buko 197/198), S. 22-28.
- Collins, Joseph; Frances Moore Lappé (1978): Vom Mythos des Hungers, Frankfurt a.M.
- Creemers, Lutgarde (2002): Städtische Landwirtschaft und Landnutzungsrechte am Beispiel Nairobi, in: Die Gärten der Frauen, hrsg. von Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker, Herbolzheim, S. 85-98.
- Davis, Mike (2007): Planet der Slums, Berlin/Hamburg.
- Ernährung sichern (2001): Nachhaltige Landwirtschaft, hrsg. von Brot für die Welt und Greenpeace, bearb. von Beate Wörner, Frankfurt a.M.
- Fischler, Franz (2007): Ökosoziale Entwicklung gestalten, in: Franz-Theo Gottwald & Franz Fischler Hrsg., Ernährung sichern – weltweit, Hamburg, S. 24-48.
- Gottwald, Franz-Theo & Franz Fischler, Hrsg. (2007): Ernährung sichern – weltweit – ökosoziale Gestaltungsperspektiven, Hamburg.
- Haerlin, Benny (2009): Business as usual ist keine Option mehr, in: Der kritische Agrarbericht, Kassel/Hamm, S. 69-73.
- Hauser, Michael (2009): Mit ökologischer Landwirtschaft gegen den Hunger?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 6, 2.2.2009, S. 27-32.
- Heindl, Bernhard, Sigmund Groeneveld (2006): Gründe – Abgründe. Bäuerliche Landwirtschaft im Sog industrieller Sachzwänge, Innsbruck.
- Herren, Hans Rudolf (2009): Die Ernährungskrise – Ursachen und Empfehlungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 6, 2. Februar 2009, S. 9-15.
- Hirn, Gerhard (2004): Wo bleibt die soziale Globalisierung? in: Der Kritische Agrarbericht – Landwirtschaft 2004, Rheda-Wiedenbrück/Hamm, S. 71-78.
- Hoering, Uwe (2009): Die neue Landnahme – Der Ausverkauf des globalen Südens, in: Blätter für dt. und intern. Politik, 54. Jg. 2009, Heft 9, S. 103-112.
- Illich, Ivan (1982): Selbstbegrenzung – Tools for Conviviality, Reinbek.
- Korneffel, P., C. Tenbrock und U. Uchatus (2002): Kaffee ist ihr Schicksal, in: Die Zeit 28.11.2002, S. 19-20.
- Kwa, Aileen (2007): Den Agrarhandel überdenken, in: Franz-Theo Gottwald & Franz Fischler Hrsg., Ernährung sichern – weltweit, Hamburg, S. 49-75.
- Lee, Richard, Irvin DeVore (1968): Kalahari-Hunter-Gatherers, Cambridge.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2004): Unter dem Müll der Acker – Community Gardens in New York City, Königstein im Taunus.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2007): Ernährungswende von unten, in: Der kritische Agrarbericht 2007, S. Agrarbündnis, Hamm 2007, S. 270-276.
- Mies, Maria (2001): Globalisierung von unten, Hamburg.
- Meadows, Donella, Jorgen Randers, Dennis Meadows (1972): Die Grenzen des Wachstums, München.
- Müller, Klaus (2002): Globalisierung, Bonn.
- Nohlen, Dieter (1991): Lexikon Dritte Welt, vollst. aktual. Aufl. 1991, Reinbek.
- Rauch, Theo (1999): Food Security in the Context of Global Markets, in: Food Security and Nutrition, ed. by Uwe Kracht, Manfred Schulz, Münster, S. 107-129.
- Rahnama, Majid (1993): Armut, in: Wolfgang Sachs Hrsg., Wie im Westen so auf Erden, Reinbek, S. 16-46.
- Reichert, Tobias/Franz-Theo Gottwald (2007): Hunger, Armut und Klimawandel, in: F.-Th. Gottwald & F. Fischler Hrsg., Ernährung sichern, Hamburg, S. 90-175.
- Sahlins, Marshall (1988): Stone Age Economics, London und New York.
- Shiva, Vandana (2004): Geraubte Ernte – Biodiversität und Ernährungspolitik, Zürich.
- Stiglitz, Joseph (2002): Der Schatten der Globalisierung, Bonn.
- Streifeler, Friedhelm (2000): Landwirtschaft in der Stadt, in: E. Meyer-Renschhausen/Anne Holl, Hrsg., Die Wiederkehr der Gärten, Innsbruck, S. 64-82.
- Vogl-Lukasser, Brigitte N., Christian R. Vogl (2000): Die Hausgärten der Mayas im Tiefland von Chiapas, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen/Anne Holl, Hrsg., Die Wiederkehr der Gärten, Innsbruck, S. 179-195.
- Weidkuhn, Peter (2004): Rechtmäßige Revolte bei Buschmännern und Pygmäen, Norderstedt.
- Wienold, Hanns (2007): Leben und Sterben auf dem Lande – Kleinbauern in Indien und Brasilien, Münster.
- Wuppertal Institut (2005): Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, Bonn.
- Ziegler, Jean (2000): Wie kommt der Hunger in die Welt?, München.
- Ziegler, Jean (2008): Das Imperium der Schande – der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, 2. Aufl. München.
- Der IAASTD-Weltagrарbericht im Internet: www.agassessment.org
- www.presseportal.de/pdf.htm?nr=1335469
- <http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/228/228997.html>